WB-WH-01-144

Wir machen den Welthandel fair

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	KV Osnabrück-Land
Beschlussdatum:	18.03.2017

Änderungsantrag zu WB-WH-01

In Zeile 144 einfügen:

Landraub (Landgrabbing) Einhalt gebieten

Landwirtschaft muss in der Entwicklungszusammenarbeit eine größere Rolle spielen. Viele Länder wurden zur Liberalisierung ihrer Agrarpolitik gezwungen, mit verheerenden Folgen. BäuerInnen finden kein Auskommen mehr. Sie können nicht mit den Weltmarkt-Preisen konkurrieren, und die Länder bleiben von Nahrungsmittelimporten abhängig. Die jetzige Handelspolitik zementiert Strukturen, die unsere Agrarmärkte vor Konkurrenz abschotten und gleichzeitig europäische, hoch subventionierte Überschüsse auf den Weltmarkt werfen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die auch unsere Partnerländer im Blick hat. Konkret bedeutet das zum Beispiel, die Exportsubventionen abzuschaffen und die Agrarpolitik so zu gestalten, dass durch Dumpingkreise bei Lebensmitteln die Märkte in Entwicklungsländern nicht ruiniert werden. Für den Export bestimmte Lebensmittel dürfen nicht unterhalb des Weltmarktpreises verkauft werden. Subventionen, die zu einem Absinken der Weltmarktpreise unter die Produktionskosten führen, gehören abgeschafft. Bei Handelsabkommen muss es für Entwicklungsländer Schutzklauseln für Agrarprodukte geben; das Menschenrecht auf Ernährung muss ein Grundsatz in Handelsabkommen sein.
In Ländern wie Kambodscha ist bereits die Hälfte des fruchtbaren Landes an ausländische Investoren vergeben. Dieser Ausverkauf (Landgrabbing) geht einher mit einer Vertreibung der Bevölkerung. Wir wollen die sofortige und vollständige Umsetzung der "Freiwilligen Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Boden- und Landnutzungsrechten-, Fischgründen und Wäldern" der Vereinten Nationen: Deutsche und europäische Unternehmen müssen daran gehindert werden, in anderen Ländern Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung zu verletzen. Der Spekulation mit Nahrungsmitteln wollen wir mit strengen Regeln entgegentreten. Die Entwicklungszusammenarbeit darf Gentechnik weder direkt noch indirekt unterstützen, da diese oft die Bäuerinnen und Bauern in die Abhängigkeit von Saatgutkonzernen bringt und kein wirksames Mittel gegen den Hunger ist. Stattdessen müssen ökologische Anbaumethoden stärker befördert werden."

Begründung

Die Begriffe "Landraub" bzw. "Landgrabbing" fehlen in dem Wahlprogramm. Der Text dieser Änderung ist im wesentlichen dem EU-Wahlprogramm 2014 entnommen, der nichts an seiner Aktualität verloren hat.